



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 17. Januar 2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 20. Januar 2025

Fokusthema: **Gesundheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach einer längeren Debatte über eine Erhöhung des Kredits für die Umsetzung der Volksinitiative «Gesunde Jugend jetzt!» und der Abschreibung eines Postulats über eine Erhöhung des Kantonsanteils an der IPV diskutieren. Anschliessend wird es um die Oberaufsicht über den Notfalldienst gehen. Sollte danach noch Zeit dazu sein, wird der Rat ein paar Vorstösse behandeln, welche die Gesundheitsdirektion betreffen.

10 Millionen für Förderung der psychischen Gesundheit von Minderjährigen

Eine ausführliche Diskussion ist zur Umsetzung der kantonalen Volksinitiative «Gesunde Jugend jetzt!» zu erwarten. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, den vom Regierungsrat beantragten Kredit für die Umsetzung von 5,7 auf 10,7 Millionen Franken zu erhöhen ([5920](#)). Mit dem Mehrbetrag soll die Weiterbildung von Psychologinnen und Psychologen zu Kinder- und Jugendtherapeutinnen und -therapeuten unterstützt werden. Die KSSG hat festgestellt, dass es bereits viele Angebote für Kinder und Jugendliche gibt, die in der breiten Öffentlichkeit aber wenig bekannt sind. Sie wünscht sich deshalb eine grössere Transparenz. Die Kommissionsmehrheit will durch die Mitfinanzierung der Weiterbildungskosten dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Es ist der KSSG ein Anliegen, dass die Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen im ambulanten und stationären Bereich sichergestellt und die Wartezeiten für ambulante Therapien verkürzt werden. Mit der Volksinitiative wurde gefordert, dass Kinder und Jugendliche, die eine psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung benötigen, innert vier Wochen von einer Fachperson behandelt werden. Eine Kommissionsminderheit aus SVP und FDP zeigt sich mit den bereits laufenden Projekten und geplanten Massnahmen zufrieden. Sie unterstützt die Umsetzungsvorlage der Regierung und spricht sich gegen die Erhöhung des Objektkredits aus.

KSSG-Präsident Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit SVP: Lorenz Habicher (SVP, Zürich), 079 346 09 94

Postulat zur koordinierten ambulanten Versorgung soll abgeschrieben werden

Eigentlich keine lange Debatte müsste die Abschreibung eines Postulats betreffend «Förderung der koordinierten ambulanten Versorgung» auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat denn auch mit 10 zu 5 Stimmen, das Postulat von SP, Grünen, Mitte und EVP als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 368/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, aufzuzeigen, wie die ambulante Versorgung so gesteuert werden kann, dass eine Über- bzw. Unterversorgung verhindert wird. Der Regierungsrat hat entsprechende Massnahmen geplant und umgesetzt, verweist aber darauf, dass er die ambulante Versorgung nicht steuern könne, da der Kanton an den ambulanten Kosten nicht beteiligt sei. Eine Kommissionsminderheit aus SP, Grünen und AL will, dass das Postulat mit einer abweichenden Stellungnahme abgeschrieben wird, in der festgehalten ist, dass der Kanton sich zusammen mit den Gemeinden für eine ausreichende Gesundheitsversorgung einsetzt.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit: Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon), 079 753 83 45

Kantonsanteil an der IPV soll auf 100 Prozent erhöht werden

Eine kontroverse Debatte ist zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz zu erwarten. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, den Kantonsanteil an der individuellen Prämienverbilligung (IPV) von 80 auf 100 Prozent des Bundesbeitrags zu erhöhen ([KR-Nr. 368/2022](#)). Die Mehrheit der Kommission will damit der durch die Teuerung veränderten Lebenssituation Rechnung tragen und der Schwächung der Kaufkraft entgegenwirken. Aufgrund der höheren Krankenkassenprämien müssten mehr Verlustscheine aus dem Topf der IPV gedeckt werden. Mit der Erhöhung des Kantonsanteils soll sichergestellt werden, dass der Bezugskreis der IPV gleichbleibt oder sich vergrössert. Ursprung der KSSG-Vorlage ist eine parlamentarische Initiative von SP, Grünen, AL und EVP, mit der eine Erhöhung des Kantonsanteils auf 120 Prozent des Bundesbeitrags gefordert wurde. Eine Kommissionsminderheit aus SVP und FDP spricht sich gegen eine Erhöhung des Kantonsanteils aus. Sie betrachtet die stetige Ausweitung der IPV auf kantonaler Stufe als nicht zielführende «Pflästerlipolitik». Stattdessen müsse das gesamte Gesundheitssystem mit seinen steigenden Kosten angegangen werden.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit: Lorenz Habicher (SVP, Zürich), 079 346 09 94

Kantonsrat übt Oberaufsicht über Notfalldienst aus

Keine lange Diskussion dürfte es zum Notfalldienst geben. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 14 zu 1 Stimmen, dem Kantonsrat die Oberaufsicht über die Organisation und die Durchführung des Notfalldienstes zuzuweisen ([KR-Nr. 150/2019](#)). Die dazu nötige Änderung des Gesundheitsgesetzes basiert auf einer Motion von AL, SVP und Grünen, mit der eine Stärkung der Aufsicht über den Notfalldienst gefordert wurde. Die Mehrheit der KSSG ist mit der Umsetzung zufrieden. Die Mitte lehnt die Vorlage ab. Sie erachtet die Aufsicht der Gesundheitsdirektion über den Notfalldienst als genügend.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit: Josef Widler (Die Mitte, Zürich), 079 448 79 48

Motionen zum Pflegegesetz

Bis zum Ende der Sitzung wird sich der Kantonsrat möglicherweise auch mit ein paar Vorstössen zu Gesundheitsthemen befassen. Gemeinsam behandelt, da inhaltlich in eine ähnliche Richtung zielend, werden die Motionen betreffend «Überarbeitung Gesetzgebung Pflege» von FDP-Kantonsrat Jörg Kündig ([KR-Nr. 312/2022](#)) und «Neues Pflege- und Betreuungsgesetz; Totalrevision Pflegegesetz», das SP-Kantonsrat Andreas Daurù mit Unterstützung von Grünen, EVP und AL eingereicht hat ([KR-Nr. 450/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt beide Motionen zur Ablehnung.

Jörg Kündig (FDP, Gossau), 079 412 58 61

Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12